Nr. 376. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9.— Mk., monatl. 3.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.35 Mk., für das übrige Ausland 10.25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1.20 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 25. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Aufstand deutscher Kriegsgefangener.

Der Konflikt in der Metallindustrie.

Reichsarbeitsminister Schlicke hat eine Vermittlungsaktion in dem Konflikt im Siemenskonzern eingeleitet. Heute mittag trat die Werksleitung mit einer Kommission der Arbeiter zu Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zusammen.

Die Situation ist äußerst gespannt. Die Leitung der Siemenswerke hat den Arbeitern, die passive Resistenz treiben, ihre Entlassung mitgeteilt. Ob sie tatsächlich entlassen sind, ist bis jetzt nicht bekannt. Da Verhandlungen eingeleitet sind, muß man von beiden Teilen erwarten, daß sie alles vermeiden, was zu einer Verschärfung der Situation beitragen und den Erfolg der Verhandlungen in Frage stellen könnte.

Der unmittelbare Anlaß des Konflikts in den Siemenswerken — das Abreißen von Bekanntmachungen der Direktion und die Entlassung der angeblich daran schuldigen Arbeiter — ist doch wirklich nicht so bedeutungsvoll, als daß er einen Kampf von so ungeheurer Ausdehnung rechtfertigen könnte.

Bis jetzt beschränkt sich der Konflikt nur auf die Siemenswerke. Wenn man aber die Mitteilungen liest, welche der Verband der Berliner Metallindustriellen an die Presse versendet, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Unternehmer durch die Aussperrung bei Siemens einen der gesamten Berliner Metallindustrie drohenden Lohnkampf abzuwehren glauben. Die Mitteilung des Unternehmerverbandes sagt:

> Die Lage in der Berliner Metallindustrie hat sich jetzt derart gestaltet, daß sie zu einer Entscheidung unmittelbar drängt und ein allgemeiner sehr hartnäckig geführter Streik von voraussichtlich längerer Dauer in naher Aussicht steht. Bekanntlich streiken die Schmiede seit nunmehr sechs Wochen, da alle Vermittlungsversuche bisher fehlschlugen. Sie fordern einen Stundenlohn von 4 M., der von den Arbeitgebern entschieden abgelehnt wird, denn sie sehen voraus, daß im gleichen Augenblick, in dem eine Bewilligung an die Schmiede erfolgt, sämtliche andern Arbeiterkategorien den gleichen, wenn nicht höheren Lohn beanspruchen würden. Dieser Schmiedestreik, der in den Lokomotivfabriken ausbrach, steht allem Anschein nach mit dem Eisenbahnerstreik in gewisser Beziehung, wenn dies auch von gewerkschaftlicher Seite in Abrede gestellt wird. In seiner Folge wurden natürlich die in Betracht kommenden Betriebe wie Borsig, A. E. G.-Hennigsdorf, Schwartzkopff usw. mehr und mehr davon in Mitleidenschaft gezogen und mußten teilweise, wie schon berichtet, stillgelegt werden. Das hatte den Beginn der Krisis zur Folge.

Nach unseren Informationen ist die Lage in der Berliner Metallindustrie keineswegs derart, daß sie zu einer Entscheidung durch einen großen Kampf drängt. Der Streik der Schmiede, auf den sich die Mitteilung der Unternehmer bezieht, kann jedenfalls keinen Anlaß zu dieser Annahme geben. Soviel wir wissen, erkennt man selbst in Unternehmerkreisen an, daß ein Stundenlohn von 4 M. für die äußerst schwere Arbeit der Schmiede nicht ungerechtfertigt ist. Ueber diesen Punkt müßte sich also eine Verständigung ohne Schwierigkeit erzielen lassen.

Aber die Unternehmer fürchten, den Schmieden würden alle anderen Arbeiter mit der gleichen Forderung folgen. Diese Befürchtung scheint uns doch nicht ganz begründet. Auch die Arbeiter werden sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Lohnhöhe nach Art und Schwere der Arbeit abzustufen ist. Wir meinen, auch hierüber müßte man sich verständigen können.

Soweit wir die Lage übersehen können, scheinen ja auch die Metallarbeiter zu einer Verständigung in dieser Hinsicht bereit. Die Berliner Leitung des Metallarbeiterverbandes hat schon längere Zeit mit dem Unternehmerverband verhandelt, um eine den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechende Festsetzung der Löhne zu erzielen. Die Verhandlungen hatten aber kein Ergebnis, denn die Lohnsätze, welche die Unternehmer boten (2—3,20 M.), befriedigen die Arbeiter nicht. Namentlich erscheint ihnen die Spannung zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Lohnsatz zu hoch. Sie wünschen, daß nach oben keine Grenze gezogen wird.

Nachdem die Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, hat die vor einigen Tagen abgehaltene Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes beschlossen, die Vermittlung des Reichsarbeitsamts anzurufen. Der Weg zur Verständigung steht also auch in der Frage der allgemeinen Lohnfestsetzung noch offen. Man kann also noch nicht davon reden, daß sich die Situation so zugespitzt hätte, daß ein Kampf unvermeidlich wäre. Mehr denn je gilt in der gegenwärtigen Situation die Mahnung, kein Mittel unversucht zu lassen, das geeignet scheint, den drohenden Kampf in der gesamten Metallindustrie zu vermeiden. Wenn beide Teile von dem ernsten Willen zur Verständigung beseelt sind, dann wird sie auch erreicht werden.

Die Angestellten der Metallindustrie (kaufmännisches und technisches Personal) befinden sich ebenfalls in einer Lohnbewegung, in der eine Einigung noch möglich ist. Zwar sind die Verhandlungen zwischen den Parteien gescheitert, aber die Oberleute der Angestellten haben beschlossen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. (Den Wortlaut des Beschlusses haben wir in der heutigen Morgennummer mitgeteilt.) Also, auch in der Angestelltenbewegung kann der Kampf noch vermieden werden.

Die englischen Blätter vom 23. melden, die Militärbehörden seien einer gut organisierten Verschwörung deutscher Kriegsgefangener im Gefangenenlager von Parkhall Osrestry auf die Spur gekommen, die die Einäscherung einer Anzahl von Baracken der Kriegsgefangenen zum Ziele hatte. Den deutschen Offizieren, die für die Führung ihrer Mannschaften verantwortlich sind, ist eröffnet worden, daß, wenn irgendetwas dergleichen geschieht, keine Erleichterung für die Unterkunft der Gefangenen, deren Baracken zerstört wurden, gewährt werde und daß die Gefangenen im Freien schlafen müßten, so lange sie im Lager verbleiben.

Seit Unterzeichnung des Friedens seien viele Gefangene sehr widerspenstig geworden, und man sei der Ansicht, daß es gut sein werde, den Vorschriften, die sich auf das Verhalten der Gefangenen innerhalb des Gefangenenlagers beziehen, aufs strengste Geltung zu verschaffen und sie, wenn nötig, zu verschärfen. Die Schwierigkeiten werden hauptsächlich den Offizieren der versenkten deutschen Flotte, die von Scapa Flow nach dem Lager gekommen sind, zugeschrieben.

Es ist im Augenblick nicht möglich, Stellung zu der reichlich unklaren Meldung zu nehmen, da man nichts von dem Beweggrund der Unruhen erfährt. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß etwaige Unruhen, die nicht in englischen Brutalitäten ihre Erklärung fänden, von den schwersten Folgen nicht nur für unsere Kriegsgefangenen selbst, sondern für ganz Deutschland begleitet sein könnten.

Wir haben, ohne den Offizieren und Mannschaften die Achtung wegen des bewiesenen Mutes zu versagen, keinen Augenblick gezögert, die Flottenversenkung von Scapa Flow als eine Wahnsinnstat zu bezeichnen, die nur geeignet war, dem deutschen Volke neue Lasten aufzuerlegen; wir erwarten bestimmt, daß die deutschen Offiziere im englischen Gefangenenlager sich die Zurückhaltung auferlegen, die sie den Mannschaften, für welche sie verantwortlich sind, sowie dem ganzen deutschen Volke schulden.

Generalstreikbeschluß der Telegraphenarbeiter.

Nachdem die Oberpostdirektion die Entlassung der am Montagsstreik beteiligt gewesenen Telegraphenarbeiter bis gestern abend nicht zurückgenommen hatte, hat eine Versammlung des Bundes der Telegraphenarbeiter den sofortigen Generalstreik beschlossen.

Abgelehnt wurde das Verlangen der Oberpostdirektion, die Organisation solle erklären, daß sich die Telegraphenarbeiter in Zukunft nicht mehr an politischen Streiks und Demonstrationen beteiligen, die sich gegen die Regierung richten, und daß sie von dem Recht des wirtschaftlichen Streiks nur Gebrauch machen wollten, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind und ein rechtmäßiger Schiedsspruch ergangen ist, und daß bei allen Arbeitsniederlegungen die ordnungsmäßige Kündigungsfrist innegehalten werden soll.

Außerdem nahm die Versammlung eine Erklärung an, wonach sich die Telegraphenarbeiter an politischen Demonstrationen während der Dienstzeit nicht beteiligen werden.

*

Der Streikbeschluß der Telegraphenarbeiter wurde heute ausgeführt. Die Zahl der Streikenden wird von der Bundesleitung auf 1800 angegeben. Falls der Streik tagelang andauern sollte, wird der Berliner Fernsprechverkehr lahmgelegt werden. Die Bundesleitung gibt an, daß mit einem Generalstreik der Telegraphenarbeiter in ganz Deutschland gerechnet werden müsse, falls die Entlassenen nicht wieder eingestellt werden.

*

Ueber den Verlauf der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium lag bei Schluß des Blattes noch keine Nachricht vor.

Luzerner Konferenz am 1. August.

Der Genosse Hunsmans bestätigt telegraphisch die von uns bereits gebrachte Meldung, daß die Konferenz in Luzern am 1. August eröffnet wird.

*

Weimar, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Zur internationalen sozialistischen Konferenz in Luzern sind von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Molkenbuhr und Wels als Vertreter bezeichnet worden. Für die permanente internationale sozialistische Kommission hat der Parteivorstand Otto Wels bestimmt.

Das Mitbestimmungsrecht.

Der Ministerpräsident Genosse Bauer hat in seiner Programmrede am Mittwoch einen Gesetzentwurf über Betriebsräte angekündigt, der in den nächsten Tagen der Nationalversammlung zugehen wird. Ein Entwurf über Bezirkswirtschaftsräte wird nach einigen Wochen folgen. Ueber beide Entwürfe sagt er mit Recht, daß sie den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung lediglich als Arbeitskraft herausheben und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß machen.

„Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sagt Bauer in seiner Rede, sondern die produktive Mitarbeit verleihen im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Es beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht. Es setzt über das Privatinteresse das Allgemeininteresse. Es beendet ein für allemal das Zeitalter der lebendigen Maschine und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesitzer."

Nichtsdestoweniger haben die Unabhängigen für das Bemühen der Regierung, den Arbeitern Rechte und Macht zu verleihen und den Weg zum Sozialismus vorzubereiten, nur Hohn und Spott.

Ist nun diese Kritik zutreffend, ist sie vom Standpunkt des Sozialismus als der nach unser aller Ansicht allein möglichen Form des wirtschaftlichen Wiederaufbaues gerechtfertigt?

Unzutreffend ist die Kritik insofern, als der Regierungsentwurf, der durch die Vorbesprechungen bereits weiten Kreisen bekannt geworden ist, über den Rahmen der bisherigen Interessenvertretungen der Arbeiter und Angestellten hinaus auf sozialem Gebiete den Betriebsräten weitgehende Befugnisse verleiht. Die Arbeitsordnung, z. B. die in der Vergangenheit bis auf den heutigen Tag eine selbstherrliche Schöpfung des Arbeitgebers war, wird künftig vom Betriebsrat und Arbeitgeber gemeinsam geschaffen. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, das bisher nur in einzelnen Gewerben durchgesetzt war, wird die Willkür des Unternehmers aus dem Arbeitsverhältnis bannen und dazu beitragen, unsere Arbeitsverfassung von Grund auf zu revolutionieren und an die Stelle des freien Verkehrs mit der Ware Arbeitskraft die gesellschaftliche Regelung zu setzen.

Außerdem sind die künftigen Betriebsräte in ihrer Funktion prinzipiell verschieden von den bisherigen Arbeitnehmervertretungen. Sie erhalten in dem Regierungsentwurf auf wirtschaftlichem Gebiete Aufgaben, Rechte und Pflichten zugewiesen, die etwas vollkommen Neues bedeuten.

Der entscheidende § 15 des Entwurfes enthält auf produktionswirtschaftlichem Gebiet als Programm für die Betriebsräte die Aufgabe: „den Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebszwecke zu unterstützen". Eine vielleicht nicht ganz glückliche Formulierung des aus den folgenden Einzelbestimmungen sich ergebenden Zieles, die Arbeiterschaft zu voll verantwortlichen, gleichberechtigten Trägern der Produktion zu machen und mit der Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit zu erfüllen, die die erste Voraussetzung des Aufbaues ist.

Die Einzelbestimmungen des § 15 lauten:

> . . . 10. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen, sowie bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuwirken.
>
> 11. In Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, welche mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates gleiche Rechte und Pflichten, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung haben.
>
> § 16. Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken, die nicht zu Unternehmungen gehören, in welchen § 15 Nr. 11 durchgeführt ist, das Recht, vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er dem Betriebsausschuß über alle die Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß gibt, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden und gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Insbesondere hat der Arbeitgeber dem Betriebsausschuß auf Verlangen die Lohnbücher vorzulegen und ihn über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf zu unterrichten.

Wer diese Bestimmungen unvoreingenommen prüft, muß ehrlicherweise zugeben, daß die Arbeitnehmerschaft durch diese Bestimmungen ein recht weites Kontroll- und Mitwirkungsrecht in der Produktion erhält, das bei den mit Aufsichtsräten ausgestatteten Unternehmungen, also Aktiengesellschaften, Aktien-Kommanditgesellschaften, Genossenschaften und bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, soweit diese Aufsichts-

räte besitzen, sich zu einem Mitverwaltungsrecht steigert.

Man überlege sich nur, was alles oder vielmehr, was nicht zu den die „Arbeitnehmerverhältnisse berührenden Betriebsvorgängen" gehört. Gibt es überhaupt Vorgänge im Betriebe, die nicht die Arbeitnehmerverhältnisse berühren? Alle Vorgänge des Einkaufs, Verkaufs, der Produktion, Finanzierung sind wichtige Vorgänge, die für die Arbeiterschaft von größtem Interesse sind. Die Vorschläge des Entwurfs enthalten, was mit aller Bestimmtheit ausgesprochen werden soll, einen radikalen Bruch mit dem bisherigen Prinzip der Geheimhaltung der geschäftlichen Vorgänge gegenüber den gewählten Vertretern der Arbeitnehmerschaft. Sie sind ein Schritt, der, wie wohl zugegeben werden muß, eine Revolution unserer Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse darstellt und, um mit dem berühmten Wort von Karl Marx in der Vorrede zum „Kapital" gelegentlich der Einführung des Zehnstundentages in England zu sprechen, den Sieg eines Prinzips bedeutet.

Unser aller Programm enthält die Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Ueber die Form der Vergesellschaftung sagt es nichts. Seit der Revolution ist eine Unmenge Tinte über diese Frage verspritzt worden, ohne daß vollständige Klarheit geschaffen worden wäre. Nur eines hat sich mehr und mehr als feststehend herauskristallisiert, soweit es dessen noch bedurfte. Vergesellschaftung ist nicht Verstaatlichung, ist aber eben so wenig die Herrschaft der Arbeiter in dem einzelnen Betriebe über diesen Betrieb oder in der einzelnen Industrie über diese, sondern eine Wirtschaftsform, in der Verbraucher, Produzenten und die im Staate — oder wie man es sonst noch nennen will — verkörperte Volksgesamtheit Herren der Wirtschaft sind.

Das ist der Grundzug des im Februar veröffentlichten Kautskyschen Aktionsprogramms. Dem entspricht Otto Bauers „Weg zum Sozialismus". Das ist der Kern des Berichtes der Sozialisierungskommission über die Frage der Sozialisierung des Bergbaues. „Die Sozialisierung kann eben so erfolgen, daß man die Vorzüge der kapitalistischen Wirtschaft, die Entschlußkraft und schöpferische Fähigkeit des Einzelunternehmers, beseitigt und durch die bureaukratische Maschine einer Schiedsstelle ersetzt, sondern nur, indem man die jeweilige Industrie in die Herrschaft der Gesamtheit überführt. Dann ist es nicht mehr nötig, dem Betriebsleiter, der ja kein Kapitalist mehr ist, in seiner Eigenschaft als Leiter Fesseln anzulegen.

Der Entwurf über die Betriebsräte gibt daher den Arbeitern ein weitgehendes Recht auf Kontrolle und Einsicht, aber er gibt ihnen nicht die Verwaltung des Unternehmens in die Hand, gibt ihnen nicht das wirtschaftliche Bestimmungsrecht, nach dem die Unabhängigen rufen. Wir dürfen den russischen Weg nicht gehen, den ja die Bolschewiki selber wieder verlassen haben, nachdem er sie in den Abgrund geführt hatte. Wohl aber dürfen die deutschen Arbeiter erwarten, daß die Regierung in Ergänzung ihrer gesetzgeberischen Absichten auf dem Gebiete der Betriebs- und Bezirksräte entschlossen den Weg der Sozialisierung geht. Das hat der Ministerpräsident in seiner letzten Rede versprochen. Die elektrische Energie und die Braunkohle kommen zuerst an die Reihe. Die übrige Kohle wird folgen. Und andere Entwürfe reifen nach.

All diese großen Projekte wollen aber ihre Zeit haben. Wie wohl von allen Regierungsstellen mit aller Kraft gearbeitet wird, läßt sich eine neue Welt nicht in wenigen Wochen herrichten. Rom ist auch nicht an einem Tage erbaut worden. Ebenso wenig kann die sozialistische Gesellschaft über Nacht kommen. Sie muß Schritt um Schritt, Baustein um Baustein erarbeitet und errungen werden.

Neben den Sozialisierungen gehören auch die Betriebsräte zu dem Beginn des Großen und Gewaltigen, das im Werden ist, um das wir uns alle mühen. Wer diese Arbeit stört, wer dies Mühen und Ringen spöttisch herabsetzt, anstatt es durch positive Vorschläge zu unterstützen und zu fördern, der beweist, daß ihm weder an dem Anfang noch an dem Ende etwas liegt. Der sabotiert den Sozialismus, den er mit dem Munde preist.

Frankreich – „geschlossener Handelsstaat"!

Die französische Kammer verhandelte gestern die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Claussat über Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um die französische Industrie vor der Einfuhr deutscher Waren zu schützen und um dadurch gleichzeitig der französischen arbeitenden Klasse Schutz gegen die Arbeitslosigkeit angedeihen zu lassen. Der Abgeordnete wandte sich hauptsächlich gegen die Einfuhr von Solinger Artikeln, die um 300 Proz. billiger seien als französische gleichartige Produkte, sowie gegen die Einfuhr von Fahrrädern und photographischen Apparaten.

Der Handelsminister Clementel erklärte: Er werde Maßnahmen ergreifen, um das Gleichgewicht zwischen den Produkten der deutschen und französischen Industrie herzustellen. Clementel gab schließlich der französischen Industrie den Rat, ihre Herstellungsmethoden zu modernisieren und zu verbessern. Die Kammer erklärte durch einfache Tagesordnung die Interpellation für erledigt. Der Abgeordnete Brousse erklärte im Laufe der Debatte, der Interpellant Claussat müsse doch als Sozialist Anhänger der Wiederaufnahme der Verbindungen mit Deutschland sein und zu gleicher Zeit die Aufhebung der Zollschranken vertreten.

Vorstehender Kammerbericht dürfte auch für den deutschen Leser von ganz besonderem Interesse sein. Der „sozialistische" Abgeordnete Claussat will die deutsche Wareneinfuhr verhindern und hängt diesem erzreaktionären Versuch ein arbeiterfreundliches Mäntelchen um. Er kann sich bei seiner Forderung auf Fichtes Ideal eines Staatswesens, den geschlossenen Handelsstaat, berufen, der zwar auch durch seine straffe Regelung von Produktion und Konsumtion, von Ein- und Ausfuhr usw. usw. stark sozialistische Züge aufweist, charakteristischerweise aber auf die Entwicklung der sozialistischen Theorie keinerlei befruchtenden Einfluß ausgeübt hat.

Die Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die regierungsfeindlichen Kreise in Deutschland nehmen jede Gelegenheit wahr, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten; zur Verfolgung ihrer unsauberen Zwecke ist ihnen jedes Mittel recht. So benutzte der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen die Falschmeldung einiger deutscher Blätter, nach der Foch die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen infolge der Weigerung Berlins, die wegen Ermordung des Sergeanten Manheim auferlegte Buße zu zahlen, eingestellt habe, um der Regierung vorzuwerfen, sie tue nichts für die Kriegsgefangenen.

Hierzu muß festgestellt werden, daß die Ententeregierungen nach dem Wortlaut des Friedensvertrages zu einer Rücksendung der Gefangenen nicht vor der Ratifizierung des Vertrages durch 3 Großmächte verpflichtet sind. Wenn man von gewisser Seite diese Tatsache zu verschleiern, und den Eindruck einer Nachlässigkeit der Regierung zu erwecken sucht, so ist der politisch leicht durchsichtige Zweck einzig und allein der, der Regierung ihre Arbeit zu erschweren, indem man Mißtrauen gegen sie in die Bevölkerung trägt.

Trotzdem wird sich die deutsche Regierung nicht abhalten lassen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Rückkehr unserer Gefangenen so sehr wie möglich zu beschleunigen; im Augenblick kann nur festgestellt werden, daß die bisherige Haltung der Entente in der Heimbeförderung der Gefangenen nicht den Schluß darauf zuläßt, als sei sie gewillt, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen.

Bergarbeiterstreik in Leipzig.

Auf den Gruben des Bornaer Braunkohlenreviers ist gestern der seit längerer Zeit erwartete Lohnstreik ausgebrochen. Die Betriebe liegen still, nur die sogenannten Notstandsarbeiten werden ausgeführt. Die Ruhe ist bisher nicht gestört worden.

Wilhelm II. als Politiker.

Dieser Tage machte ein Brief Wilhelms II. die Runde durch die Zeitungen, den dieser am 28. Juli 1914 über die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum an den damaligen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg gerichtet hat. Der Kaiser vertritt darin die Ansicht, durch die serbische Antwort sei jeder Grund zum Kriege entfallen. Er verlangt jedoch, daß Oesterreich ein Faustpfand (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung der von Serbien gegebenen Versprechungen erhielte, und es so lange besetze, bis tatsächlich die Ansprüche durchgeführt seien. Dies sei auch aus Gründen der nationalen Ehre erforderlich, um der Armee den Schein eines Erfolges dem Ausland gegenüber und das Bewußtsein, wenigstens auf fremdem Boden gestanden zu haben, zu geben. Auf dieser Basis sei er, Wilhelm II., bereit, den Frieden in Oesterreich zu vermitteln, während er dagegenlaufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten unbedingt abweisen werde. Den Frieden werde er auf seine Manier erhalten!

Einen schlechteren Bärendienst konnten die Anhänger Wilhelms II. ihm nicht leisten, als die Veröffentlichung gerade dieses Briefes. Die Hauptstadt eines Landes soll mitten im Frieden in feindlicher Absicht besetzt werden! Nur auf dieser Basis ist Er bereit, den Frieden zu vermitteln. Dagegen laufende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten will Er unbedingt abweisen! Wie seltsam malt sich doch in diesem Kopfe die Welt! Das ganze Rüstzeug einer längst überwunden geglaubten Kabinettspolitik des 18. Jahrhunderts steigt vor unseren Augen auf. So wurde bei uns Politik gemacht. Mit solchen geradezu kindlichen Auffassungen durfte ein durch niedrigstes Hofschranzentum größenwahnsinnig gemachter Schwächling ein hochstehendes, geistig hochbedeutsames Volk ins Verderben stürzen.

Wir stellen dies nicht fest, um den unglücklichen Mann in Amerongen noch tiefer ins Unglück zu bringen, nicht, um unseren Feinden Material für ihr Vorgehen gegen einen Menschen zu geben, dessen Gefährlichkeit sie immer noch weit überschätzen. Aber hinweisen müssen wir auf die Art, wie bei uns vor dem Kriege Politik gemacht wurde, einmal, damit wir daraus für die Zukunft lernen, und andererseits, damit wir auf unserer Hut sind vor den Politikern der alten Schule, von denen immer noch viel zu viele im Sattel sitzen, die nichts vergessen und nichts hinzugelernt haben. Spricht dieser Brief nicht Bände gegen die überragende Machtbefugnis des einzelnen, mag er auch noch so genialer Natur sein? Mag man Wilhelm II. noch so sehr zubilligen, daß er das Beste gewollt hat. Das Beste wollen allein tut es wahrlich nicht in der Leitung der Geschicke eines Volkes, wenn der gute Wille sich mit solch gewöhnlichem Mangel an modern-politischem Denken und Können paart. Seine persönliche Tragik war es, daß er zu klein und zu schwach war für die große Aufgabe, die ihm gestellt war, und daß er nicht klug genug war, um das Hofschranzen- und Speichelleckertum zu durchschauen, das ihm einreden wollte, er sei der klügste, weitschauendste Monarch, der je ein Volk regiert habe.

Gerade die besten Männer der alten Zeit können von den unzähligen Widerständen erzählen, die ihnen immer wieder von einem unwissenden und unverantwortlichen Hofschranzentum bereitet wurden. Sie konnten ihm und dem Volk keinen besseren Dienst erweisen, als durch freimütige Darlegung dieser Zustände vor breitester Oeffentlichkeit; ihm, weil dadurch endlich unsere Feinde Klarheit darüber gewinnen können, wie klein und schwächlich der Mann eigentlich war, den sie noch heute für groß und kräftig halten; dem Volke, weil dadurch endlich aufgeräumt wurde mit dem, was schlecht an der alten Zeit war und von dem wir noch viel zu viel mit uns herumschleppen müssen.

Stützung des Kriegsanleihemarktes. Zur Regulierung des Kriegsanleihemarktes ist nunmehr unter Führung der Reichsbank und unter Reichsgarantie ein die gesamte deutsche Bankwelt umfassendes Konsortium in Gestalt einer mit 400 Millionen Mark Grundkapital auszustattenden „Reichsanleihe-Aktiengesellschaft" gegründet worden. Näheres darüber finden unsere Leser im Handelsteil dieser Nummer.

Kakao.

Skizze von Alwin Rudolph.

Der Vater war aus Mainz zu Besuch gekommen und hatte ein Viertelpfund Kakao mit herübergeschmuggelt. Ueberall hatten sie ihn befühlt, aber es doch nicht gefunden. Da gab es denn ein Fest bei dem Fräulein Stutzebock.

Oder eigentlich mehrere. Zuerst feierte sie mit dem Vater Wiedersehen. Sieben Monate hielten die Franzosen eine strenge Wacht, über die sie sich nicht die Hände hatten reichen können. Doch mit der Zeit bröckelt auch die festeste Mauer. Und mit dem Kakao waren der alte Herr gekommen und noch einige Leckerbissen.

Das zweite Fest gab Fräulein Stutzebock ihren Kolleginnen, den Hortleiterinnen der verschiedenen Jugendhorte der Stadt. Die saßen wie Püppchen auf ihren Stühlen und rührten sich kaum, sprachen viel über Musik und Theater und entrüsteten sich über Schmuggler und Schieber. Eine wußte immer mehr als die andere und ihre Entrüstung wurde Empörung.

Als dann das Fräulein Stutzebock den Reispudding auftrug, war es zuerst ganz still und die Augen weiteten sich. Vorlaut, wie die Jüngsten immer sind, brach die mit ihrer Frage das Erstaunen.

„Was ist denn das?"

„Was das ist? Reis!" bekam sie zur Antwort. Die Stutzebock lächelte nur.

Und eine andere witzelte: „Ja, wie ißt man denn das?"

Die Schüssel wurde leer und blank. Die Stutzebock trug sie hinaus. Da sahen sich die andern verlegen an.

Die eine begann: „Ich glaube, wir haben uns benommen . . ."

Und die andere vollendete: „Ach Gott, als hätten wir drei Tage nichts gegessen."

Da wurden sie noch bedrückter, als die Stutzebock wieder eintrat. —

Das dritte Fest war am nächsten Tage. Der Sepp und sein Brüderchen Ottokar, zwei von den Hortbuben, brachten ihrem Fräulein die Magermilch. Für die Woche einen Schoppen, was ein halbes Liter ist.

„Soo," sagte das Fräulein Stutzebock, „das ist aber brav. Da sollt ihr auch euer Stück Brot haben. Und ich glaube . . . ich glaube, ich habe noch was." Und sie fing an zu kochen.

Die beiden Kerle aber saßen und paßten auf jede Bewegung, bis endlich ein brauner Trank in ihre Tassen gegossen wurde.

Der Ottokar setzte die Tasse gar nicht mehr ab. Das ganze Gesicht ging hinein. Nur die Augen lugten über den Rand hinweg unverwandt auf das Fräulein Stutzebock. Und die waren verklärt und leuchteten, als ginge der Himmel vor ihnen auf mit all seinen Wundern und Herrlichkeiten.

Und der Sepp schlürfte in kleinen Zügen. Glückselig lächelnd schaute er nach jedem auf das liebe Fräulein Stutzebock, als sei sie die Märchenprinzessin mit den drei Wünschen, von dem sie letztens so wunderbar erzählt hatte.

Sie dachten gar nicht ans Essen. Als die Tassen nicht mehr aufgefüllt wurden, stürmten sie, das Brot in der Hand, davon und zur Mutter.

„Mutter, Mutter! Oh Mutter!"

Die Mutter war ganz erstaunt.

„Oh Mutter! Mutter, was das Fräulein hat!"

Der Ottokar aber stand dabei und brachte vor lauter Glück kein Wort heraus.

„Oh Mutter, das war aber was Feines!"

„Habt ihr was gegessen?"

Der Sepp schüttelt nur den Kopf. Der Ottokar strahlt.

„Getrunken?"

Der Sepp nickt: „Oh, was Feines, Mutter."

„Was denn? Wie hats denn geschmeckt?"

„Oh . . . oh, fein!"

„War's süß?"

„Nei . . . ja, süß!"

„Da war's Tee?"

„Viel, viel was anders. Mit Milch!"

„Kaffee."

„Ach! O Mutter, das war was Feines!"

„Wie sah's denn aus?"

„Na, so . . . so . . . braun."

„Und kein Kaffee? Ja, Schokolade, wo soll die das Fräulein her haben?"

„Was? Scho . . . Scho . . ., wie schmeckt das?"

„Ja, süß."

„Ja süß. Süß hat's geschmeckt."

„Ach, es wird Tee gewesen sein."

„Nein, nein, kein Tee!" Und jetzt schüttelte auch der Ottokar, noch immer glücklich lächelnd, entschieden den Kopf.

Als die Mutter das Fräulein Stutzebock auf der Straße traf, hat sie ihr das erzählt und da erfahren, daß es Kakao gewesen war.

Die Bataillonisierung der Liebe.

Die „Humanite" veröffentlicht eine Verfügung des kommandierenden Generals der 256. französischen Brigade, die folgendermaßen lautet:

„Betrieb und Polizei des öffentlichen Hauses in München-Gladbach.

Die zwei Frauen, die das gesamte Personal des öffentlichen Hauses (Gasthausstraße Nr. 2) ausmachen, haben erklärt, daß sie nicht imstande sind, den zahlreichen Besuchern zu genügen, die ihr Haus überschwemmen, vor dem ständig zahlreiche Gruppen ausgehungerter Klienten stehen. Sie erklären, daß sie mit Hinsicht auf den Dienst, den sie ihren deutschen und belgischen Abonnenten schulden, nicht imstande sind, der Division mehr als insgesamt zwanzig Eintritte täglich (jede zehn) zu gewähren. Das Etablissement arbeitet übrigens nicht in der Nacht und hält die Sonntagsruhe strikte ein. Anderseits erlauben die Hilfsquellen der Stadt, wie es scheint, nicht, das Personal zu vermehren. Unter diesen Bedingungen werden zur Vermeidung jeder Unordnung und um von diesen Frauen nicht eine Arbeit zu verlangen, die ihre Kräfte übersteigt, nachstehende Verfügungen getroffen:

Arbeitstage: Alle Tage mit Ausnahme des Sonntags. — Höchstleistung: Jede Frau empfängt je 10 Männer, also 20 für zwei Personen, 120 in der Woche. Betriebszeit: 1/2 6 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends. Besuche außerhalb dieser Stunden finden nicht statt. — Tarif: Für einen Aufenthalt von einer Viertelstunde einschließlich Eintritt und Verlassen des Etablissements 5 M. — Erfrischungen: Das Haus verkauft keine Getränke. Ein Wartezimmer ist nicht vorhanden. Die Besucher haben sich darin nur zu zweit einzufinden. — Einteilung: Die sechs Tage der Woche sind folgendermaßen zugeteilt: Montag 1. Bataillon des 164. Reg., Dienstag 1. Bat. des 169. Reg., Mittwoch 2. Bat. des 164. Reg., Donnerstag 2 Bat. des 169. Reg., Freitag 3. Bat. des 164. Reg., Sonnabend 3. Bat. des 169. Reg. In jedem dieser Bataillone werden an dem ihm zugewiesenen Tage zwanzig Eintrittskarten fünf für jede Kompagnie, in den Bureaus der Sergeantmajore ausgelegt. Die Mannschaften, die das Etablissement zu besuchen wünschen, erhalten im Bureau ihres Sergeantmajors eine Karte, die ihnen das Recht der Priorität gibt." — In weiteren Verfügungen über Ordnungsmaßnahmen wird namentlich den diensthabenden Offizieren empfohlen, in der Gasthausstraße fleißig nachzusehen, ob alles in Ordnung ist.

Alles in Ordnung! Die Kriegsordnung der „Liebe"! Zweifellos sind solche Maßnahmen für das Kriegstier Mensch im Soldatenrock notwendig. Aber mitsamt ihrer aus dem Notschrei der Gasthausstraßen-Frauen abzulesenden Vorgeschichte sind sie ein grell redender Beitrag zu dem Kapitel von der schauderhaften Brutalisierung des Gefühlslebens, die der Krieg unserer Kultur aus vollsten Spritzen in die Adern getrieben hat.

— Theater. Paul Babers Drama „Das Gesetz", dessen Handlung den Heldenkampf der Berliner Arbeiterschaft gegen die brutale Polizeiwillkür der sozialistengesetzlichen achtziger Jahre spiegelt, wird am Montag abends 7½ Uhr, im Wauner-Theater zum 25. Male aufgeführt. — Im Rose-Theater werden am 8. August die Nachmittags-Klassikervorstellungen mit Hebbels „Maria Magdalena" eröffnet. Beginn 3 Uhr.

— Eine internationale Messe in Wien. Der Plan, in Wien eine Messe zu veranstalten, der schon seit längerer Zeit erwogen wurde, soll zur Durchführung kommen. Unter Führung des Wiener Handelsmuseums hat sich eine Reihe von Interessentengruppen zusammengeschlossen, um die vorbereitenden Arbeiten in Angriff zu nehmen.

„Scheidemann in Rom".

Glänzender Hereinfall der „Deutschen Zeitung".

In sensationeller Aufmachung bringt die alldeutsche „Deutsche Zeitung" folgenden „eigenen Drahtbericht" ihres Münchener Korrespondenten:

mk. München, 24. Juli.

Ergänzend zu der Meldung, daß der frühere Ministerpräsident Scheidemann sich in die Schweiz begeben habe und mit dem früheren italienischen Ministerpräsidenten Orlando eine Unterredung gehabt habe, meldet ein Privattelegramm der „Münchener Post" aus Zürich: Scheidemann ist mit seinem Freunde Barbus schon vor acht Tagen nach Rom gefahren, um dem König von Italien im Namen des Reichspräsidenten ein Schutz- und Trutzbündnis anzutragen. König Victor Emanuel hat die Genossen Turati und Treves zu Rate gezogen und nach gewissenhafter Prüfung aller Vor- und Nachteile eines solchen Bündnisses im Einvernehmen mit seinen sozialistischen Freunden die Frage dem Papste zur Entscheidung vorgelegt. Gestern nun hatten Scheidemann und Barbus eine lange Besprechung mit dem Kardinalstaatssekretär Gaspari in Gegenwart von vier anderen Kardinälen, darunter Rampolla. Im Vatikan verlautet, daß in den nächsten Tagen Abgesandte Lenins und Bela Kuns erscheinen werden, um mit dem Papste über eine Erweiterung des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Deutschland, Ungarn und Sowjet-Rußland zu einer mitteleuropäischen Wolga-Mittelmeer-Ost- und Nordsee-Föderation zu verhandeln.

Diese Meldung hat in der Redaktion der „Deutschen Zeitung" schwerste seelische Erschütterungen ausgelöst. Ihre Redaktion sieht sich veranlaßt, im drohenden Tone des besorgten Patrioten folgendermaßen loszuziehen:

Wir äußerten schon einmal an dieser Stelle, daß es im Hinblick auf unser zukünftiges Verhältnis zu Italien höchst bedenklich ist, daß ein außenpolitischer Stümper, wie Scheidemann, in den Lauf der Verhältnisse einzugreifen wagt. Namentlich in Verbindung mit dem zweiten etwas räuberpistolenmäßig annutenden Teil obiger Meldung muß Scheidemanns Tätigkeit in Italien in politisch einsichtigen Kreisen die schwersten Befürchtungen auslösen.

Unseren Lesern, die wohl die obige Meldung von dem Bündnis Lenins, Bela Kuns, Scheidemanns, des Papstes und seiner Kardinäle mit einigem Kopfschütteln gelesen haben, wollen wir zur Erklärung verraten, daß der politisch offenbar sehr harmlose Münchener Korrespondent der „Deutschen Zeitung" und ihre politisch gleich geschulte Berliner Redaktion einen der lustigsten Hereinfälle erlitten haben, die in der Geschichte der Journalistik vorgekommen sein dürften: Sie haben eine politische Satire für bare Münze genommen!

Der Zusammenhang ist der: Unser Münchener Bruderblatt hatte ein „römisches" Telegramm der „Augsburger Abendzeitung" verspottet, die sich aus Zürich melden ließ, daß die „Turiner Stampa" berichtete, Scheidemann weile mit Orlando an einem Ort und habe „vielleicht" eine Unterredung mit ihm gehabt. Um diese Art der Sensationsmacherei zu kennzeichnen, hatte die „Münchener Post" an diese Meldung die von der „Deutschen Zeitung" für Ernst genommenen satirischen Sätze und noch mehrere andere hemgefügt. Wie unverkennbar für jeden normalen Menschen — mit Ausnahme des Münchener Korrespondenten der „Deutschen Zeitung" —, der satirische Charakter der Glosse sein mußte, geht aus dem von der „Deutschen Zeitung" weggelassenen Schlußsatz hervor, der lautet: „Graf Brockdorff-Rantzau ist mit wichtigen Aufträgen nach Afghanistan abgereist."

Als Hauptspaß empfinden wir dabei, daß die „Deutsche Zeitung" bei diesem Hereinfall ihre Ansicht als die „der politisch einsichtigen Kreise" bezeichnet. Wie stellen diese „politisch einsichtigen Kreise" sich vor, daß der tote Kardinal Rampolla mit Scheidemann und Barbus lange Konferenzen hat!? Glauben „die politisch einsichtigen Kreise" der „Deutschen Zeitung" an Spiritismus, da es mit ihrem Spiritus so schlecht bestellt ist?!

Der gemästete „Freiheit"spitzel.

Eine hiesige Lokalkorrespndenz (Sochaczewski) meldete gestern unter der Ueberschrift „Schinken im Parteibureau", daß auf dem Parteibureau der U. S. P. D., Schicklerstr. 5, ein großes Lager von Lebensmitteln, Schinken usw. aufgehäuft sei. Die „Freiheit" bestätigt dies und erklärt das Lager für das Ergebnis eifriger Sammlungen, die für die hungernden politischen Gefangenen „unter eigenen Entbehrungen der Spender" gesammelt worden seien.

Hierzu fragt die Korrespondenz, wer denn die Spender seien, die sich diese ungeheuren Vorräte, darunter ganze Schinken, „vom Munde abgespart hätten", und wie sie in den Besitz solcher Lebensmittelmassen gelangt seien, daß an einem Tage 18 bis 20 ganze Schinken dort gelagert haben. Auch seien ganz andere Leute als politische Gefangene mit diesen Vorräten gemästet worden. Die Korrespondenz schreibt darüber:

So hat der berüchtigte Kronzeuge der Verteidigung im Ledebour-Prozeß Hasso von Tyszka wochenlang vor dem Prozeß alle drei Tage ein gerüttetes Maß von Brot, Wurst, Fleisch, Eiern, Butter und anderen Leckerbissen, die anderen Leuten nur vom Hörensagen bekannt sind, erhalten. Das Erstaunlichste aber an dieser Geschichte ist, daß von Tyszka die Anweisung zu dem Bezug von Lebensmitteln vom Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, dem Verteidiger im Ledebour-Prozeß, höchst persönlich auf dessen Bureau erhalten haben soll. Wie wir nachträglich erfahren, hat sich auch schon die Staatsanwaltschaft mit dieser Angelegenheit befaßt.

Soweit uns bekannt ist, schwebt ein derartiges Verfahren in der Tat, bei dem es sich übrigens nicht nur um die Lieferung von Lebensmitteln an Tyszka handelt.

Bestien oder Kranke?

Die sittliche Entrüstung der „Freiheit".

Die „Freiheit" entrüstet sich über unsittliches Treiben von Regierungssoldaten in Nikolassee, die sie als „Ordnungsbestien" bezeichnet, und führt als besonderen Beweis der sittlichen Verkommenheit an, daß Soldaten mit offenen Hosen, das Geschlechtsteil herausnehmend, den jungen Mädchen gegenübergetreten seien und sie mit unflätigen Redensarten überschüttet hätten.

Die „Freiheit" sollte mit ihrer sittlichen Entrüstung in solchen Dingen etwas vorsichtiger sein. Wir haben vor einiger Zeit eine Karte aus dem Verbrecheralbum von Neukölln zu Gesicht bekommen mit der doppelten Photographie eines Mannes, der der „Freiheit" nicht ganz unbekannt sein dürfte. Es ist Album Band 4 Nr. 164, Kategorie Sittlichkeitsverbrecher. Die Karte ist durch eigenhändige Namensunterschrift des Betreffenden bestätigt. Als Vorstrafen sind folgende angegeben:

Erregung öffentlichen Aergernisses, 3 Tage Gefängnis, verhängt vom Schöffengericht Heidelberg am 25. 8. 1902,

Erregung öffentlichen Aergernisses, 2 Monate Gefängnis, verhängt vom Schöffengericht Erfurt am 26. 5. 1903,

Erregung öffentlichen Aergernisses, 10 Wochen Gefängnis, verhängt vom Amtsgericht I Berlin am 11. 3. 1905,

Erregung öffentlichen Aergernisses, 6 Wochen Gefängnis, verhängt vom Schöffengericht Rixdorf, am 25. 3. 1909,

Erregung öffentlichen Aergernisses, 1 Woche Gefängnis, verhängt vom Landgericht II Berlin, am 11. 9. 1905,

Soweit uns bekannt ist, handelt es sich in allen Fällen um genau dasselbe Delikt, wegen dessen die „Freiheit" die Soldaten vom Nikolassee als Bestien bezeichnet.

Der Mann, auf den sich die Karte im Verbrecheralbum und die genannten Vorstrafen beziehen, wurde von den Unabhängigen am 9. November 1918 als ihr Volksbeauftragter in den Rat der Volksbeauftragten für das Deutsche Reich entsandt.

Wir stehen bezüglich derartiger Fälle auf einem anderen Standpunkt als die „Freiheit", wir halten den sogenannten „Exhibitionismus" für eine krankhafte Erscheinung, deren Träger man bemitleiden, aber nicht mit Steinen bewerfen soll. Wenn die „Freiheit" jedoch auf dem Standpunkt der alten Moral steht, die in anormalen Menschen „Bestien" sieht, so möge sie doch wenigstens diesen Standpunkt konsequent durchführen und dafür sorgen, daß nicht Leute von ihren Anhängern auf die höchsten Posten des Deutschen Reiches gestellt werden, die nach ihrem eigenen Urteil „Bestien", nach dem der modernen Moral freilich bemitleidenswerte Kranke sind.

Die Methode der Versammlungssprengung.

Für Mittwoch abend hatten unsere Genossen in Niederschönhausen eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Genosse Heilmann über „Das Schicksal der Revolution" sprechen sollte. Die Unabhängigen aber hatten rechtzeitig zuvor mit ihren Getreuen aus Pankow, Rosenthal und Berlin den Saal besetzt und erzwangen Bureauwahl, um unseren Redner nicht zu Wort kommen zu lassen, sondern ihren bereits mitgebrachten Referenten Malzan vom unabhängig-kommunistischen Vollzugsrat. Da unsere Genossen sich diese Vergewaltigung nicht gefallen lassen wollten, schlossen sie die Versammlung, die von den Unabhängigen wieder eröffnet und unangemeldet abgehalten wurde. Unsere Genossen verließen das Lokal und hielten in einem anderen eine Mitgliederversammlung ab.

In Niederschönhausen hatte am Mittwoch Noske keine unabhängige Versammlung verboten.

•

Zu den Vorgängen im „Gewerkschaftshause" erhalten wir immer neue Zuschriften, die das jeder Gesittung hohnsprechende Vorgehen Unabhängiger kennzeichnen. So schreibt ein Einsender:

„Es läßt sich gar nicht ableugnen, daß die Prügelszenen planmäßig organisiert waren. Als nämlich die Schlägereien vor der rechten Seite der Tribüne einen größeren Umfang angenommen hatten, ertönte plötzlich ein langgezogener Pfiff, der das Signal für das nunmehr einsetzende Biergläser-Bombardement war. Ein Schreier auf der Saalbühne, der mir schon vorher durch fortgesetztes Lärmen aufgefallen war, hielt im Augenblick des Pfeifens nicht weniger als vier Biergläser in den Händen, die er mit bewundernswerter Schnelligkeit hintereinander wahllos in Richtung auf die Rednertribüne im hohen Bogen durch die Luft warf. Welches Maß von Roheit gehört dazu, in einer mit Frauen stark durchsetzten öffentlichen Versammlung sich eines vorbedachten Angriffs mit derartig gefährlichen Wurfgeschossen schuldig zu machen!"

Aehnlich drücken sich zahlreiche weitere Schreiben aus. Nur ein Einsender ist anderer Ansicht. Nachdem er betont hat, daß er nur der Wahrheit dienen wolle, „stellt er fest", daß der Referent die Versammlung durch seine Rede provoziert und daß der Bierseidelhagel erst eingesetzt habe, nachdem vom Podium aus die Versammlung beschossen worden sei. Wenn wir trotzdem der „Freiheit" den Rat geben, von dieser Aussage keinen Gebrauch zu machen, so deshalb, weil dieser „klassische" Zeuge der Versammlung — gar nicht beigewohnt hat. Aber als überzeugter U. S. P. D.-Anhänger „denkt er sich das alles so".

Man sieht, welche Blüten die Verhetzung zeitigt.

Erneute Provokation der Eisernen Eskadron.

Uns wird berichtet: Am Donnerstag, den 24. Juli, nachmittags um 4 Uhr, hielt auf dem Bahnhof Moriensfelde ein Transportzug der Eisernen Eskadron. Alle Wagen waren mit schwarz-weiß-roten Fahnen, die sich an langen Lanzen befanden, geschmückt, außerdem hatte der größte Teil der Mannschaften kleine schwarz-weiß-rote Fähnchen in der Hand. Zu dieser Zeit kamen gerade die Angestellten der Daimler-Motoren-Gesellschaft vom Werk, um die Heimfahrt anzutreten. Diesen gegenüber benahmen sich die Mannschaften ziemlich ungehörig. Besonders ein baumlanger Husar schwang eine Handgranate. — Die Angestellten der D. M. G. gehören wirklich nicht zu den sogenannten linksradikalen Parteien, trotzdem mußten sie sich Zurufe wie: „Ihr verfluchten Spartakisten, Euch werden wir schon noch kriegen!" gefallen lassen. Die Offiziere hatten für das Betragen ihrer Mannschaften nur ein Lächeln übrig. Zum Glück hatte die Handarbeiterschaft des Werkes gerade eine Betriebsversammlung, auch sie tritt sonst um die angegebene Zeit die Heimfahrt an, und wäre sie auf dem Bahnhof gewesen, wäre es sicher zu einem Zusammenstoß infolge des provokatorischen Auftretens der Truppe gekommen.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Maßnahmen zur Regulierung des Kriegsanleihe-Kurses wurden in ihrer Wirkung durch die Streikbewegung unter den Metall- und Telegraphenarbeitern und die Verschlechterung unserer Valuta im Auslande ausgeglichen. Die Tendenz war uneinheitlich, das Geschäft still. Am Montanmarkte überwogen Kursrückgänge, dagegen zeigte sich für Farb- und Rüstungswerte ziemlich gute Meinung. Schiffahrtsaktien und Elektropapiere waren umsatzlos. Höher bewertet wurden eine Reihe von Auslandswerten, in erster Reihe amerikanische Bahnen. Heimische Anleihen waren ziemlich gut gehalten, Kriegsanleihen stellten sich auf etwa 83½.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Leder. Der Ausschuß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft hat gestern einen Beschluß gefaßt, wonach die Zwangswirtschaft für Leder aufgehoben ist und nur noch eine gewisse Kontrolle über Ein- und Ausfuhr eine Zeitlang bestehen bleibt.

Groß-Berlin

Die Gemeinnützige Bau- und Betriebsgenossenschaft,

über deren Gründung wir berichteten, hatte vor einigen Tagen ihre Generalversammlung. Dem offiziellen Bericht, der uns darüber zugegangen ist, entnehmen wir folgendes: Der Vorsitzende Würdemann gab einen Geschäftsbericht und erörterte darin auch die Zwecke und Ziele der Genossenschaft. Die Arbeitslosen seien durch ihre Notlage und durch den Vorwurf der Arbeitsscheu veranlaßt worden, zur Selbsthilfe zu greifen und diese Genossenschaft zu gründen, die Hand- und Kopfarbeiter erfassen soll. Sie wolle Ausführung aller staatlichen und kommunalen Notstandsarbeiten und auch sonstiger Arbeiten in eigener Regie übernehmen, wobei durch Ausschaltung der Submissionen und des Unternehmergewinns (bei Notstandsarbeiten 17 Proz. auf die Lohnzahlung) dem Staat und den Gemeinden und damit dem Volksganzen viele Millionen erspart werden könnten. Nach der Darstellung dieses offiziellen Berichtes hätte Würdemann weiter ausgeführt: Unter den heutigen Verhältnissen erscheint dieser Weg der Selbsthilfe als einzige Möglichkeit, die Not der Erwerbslosen zu beseitigen. Diese Produktivgenossenschaft soll der erste Schritt sein zur Durchführung der Sozialisierung, denn es muß festgestellt werden, daß an eine Verwirklichung dieses Gedankens von seiten der Regierung nicht zu denken ist, da dieselbe trotz der Revolution und nach ihrem Eingehen von Kompromissen mit den Kapitalisten drauf und dran ist, die kapitalistische Wirtschaftsordnung wieder aufzubauen." (Erfordern die Zwecke und Ziele der Genossenschaft solche sinnlose Begriffe? Zu ihr gehören Mitglieder der S. P. D., der U. S. P. D. und der K. P. D. Der Referent ist Mitglied der S. P. D.; den uns zugegangenen Bericht hat ein Mitglied der U. S. P. D. unterzeichnet. Red. d. „Vorw.") In Berlin und andern Gemeinden Groß-Berlins sei von leitenden Persönlichkeiten weitgehende Unterstützung der Genossenschaft durch Zuweisung von Notstandsarbeiten versprochen worden. Einige kleine Arbeiten haben sie schon ausgeführt, ein Auftrag zum Bau von 24 Siedlungshäusern sei jetzt eingelaufen, weiter werde ein Auftrag von 120 Siedlungshäusern erwartet. Hierüber, sowie wegen Uebernahme des Baues der Caprivibrücke in Charlottenburg schweben noch Verhandlungen. Der Bericht über die Finanzlage der Genossenschaft schilderte die Verhältnisse als befriedigend. Genossen, die ihre Einlage von 100 M. zahlen können, werden gebeten, das alsbald zu tun. Minderbemittelten soll, sobald sie bei der Genossenschaft beschäftigt sind, der Beitrag in Wochenraten von mindestens 3 M. von ihrem Verdienst abgezogen werden. Bei der Wahl bzw. Wiederwahl des Aufsichtsrats und des Vorstandes wurde auf paritätische Zusammensetzung aus den drei Parteien geachtet. Es soll, sagt der uns zugegangene Bericht, „jede Parteipolitik ausgeschaltet werden, weil die Genossenschaft auf dem Grundgedanken des reinen Rätesystems aufgebaut werden soll." Im Aufsichtsrat werden noch drei Plätze „für maßgebende Personen der drei sozialistischen Parteien" freigehalten. Zu einem Antrag auf Einberufung von Propagandaversammlungen zwecks Stellungnahme der Genossenschaft zum Wiederaufbau Nordfrankreichs wurde ausgeführt, „daß, wenn die Regierung dieses Unternehmen in die Hände der Kapitalisten lege, es derselben nie und nimmer gelingen werde, ihren übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Ententeländern nachzukommen. Jetzt sei der Moment gekommen, wo die Genossenschaft alles tun müsse, die große Masse der Arbeitslosen in sich aufzunehmen, um dann mit der Regierung in Verhandlung einzutreten zwecks Uebernahme des Wiederaufbaues durch die Genossenschaft."

„Bergfest" in Buch.

Vom Ferienspielplatz in Buch erhalten wir einen Bericht, dem wir folgendes entnehmen: Ein besonderer Feiertag dieser Ferienzeit ist das „Bergfest". Wenn die Hälfte der Ferien vorbei ist, wenn der „Berg" erklommen ist, dann wird ein Fest gefeiert, von dem das junge Volk tagelang vorher und nachher phantasiert. Am letzten Mittwoch war der große Tag. Siebentausend Kinder, geschmückt mit bunten Mützen und Schärpen, waren morgens hinausgefahren, und die Mittagszüge brachten Hunderte von Müttern und auch Vätern, die mitfeiern wollten. Nachmittags führten Mädchengruppen reizende Reigen auf, Knabengruppen machten schwierige Freiübungen, humoristische Szenen folgten, eine kleine perfekte Ballettänzerin von 10 Jahren produzierte sich usw. Dann erschien, mit lautem Jubel begrüßt, die gesamte Kapelle der Feuerwehr von Buch. Schmetternd hallte die Musik über den weiten Platz, und Tausende von Kinderbeinen hoben sich im Takt — ein wunderbarer Anblick schönster Kinderfreude! Schließlich wurden auch Vater und Mutter angesteckt und riskierten ein Tänzchen inmitten der Kleinen. Dem Dirigenten der Feuerwehrkapelle überreichten die Kinder einen mächtigen Kranz mit Schleife. — Gar zu schnell kam der Abend und es hieß Abschied nehmen. Bis nach Berlin hin scholl der Gesang aus den Zügen.

179 000 Mark geraubt!

Das Opfer eines von langer Hand vorbereiteten Raubplanes ist gestern nachmittag der Juwelenhändler Nissim Leon vom Wikinger Ufer geworden. Leon, der Türke ist, wurde von zwei Landsleuten und einem Deutschen nach einer Wohnung in der Essener Straße 32 gelockt, dort überfallen, geknebelt, gefesselt und dann, nachdem die Räuber versucht hatten, ihn in der Badewanne zu ertränken, um 179 000 M. beraubt, die er zum Ankauf von Juwelen dorthin mitgebracht hatte.

Zivilanwärter für die mittlere Laufbahn im Telegraphendienst werden verlangt. Amtlich wird mitgeteilt, daß bei der Oberpostdirektion in Berlin ein größerer Bedarf an solchen besteht. Die Einstellung erfolgt zunächst als Telegraphengehilfe. Für die Annahme kommen einstweilen nur Kriegsbeschädigte mit einer Erwerbsbeschränkung von wenigstens 10 Proz. in Frage, die die sonstigen Vorbedingungen für die Aufnahme in das Beamtenverhältnis verlangen. Nähere Auskunft über die Annahmebedingungen, die Gestaltung der Laufbahn und die Besoldungsverhältnisse erteilen die Post- und Telegraphenämter. Bewerbungen schriftlich an die Ober-Postdirektion Berlin.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Auf Kinderkarte (C 2) wird am 26. Juli für drei Tage und zwar für den 26., 27. und 28. Juli eine Büchse kondensierte Milch verabfolgt. Im übrigen bleibt die Belieferung dieselbe.

Steglitz. Bis 26. Juli für Kinder des 1. bis 6. Lebensjahres und für Jugendliche 125 Gramm Reis zu 0,51 M., 125 Gramm Haferflocken zu 0,16 M., 125 Gramm Grieß zu 0,12 M. Bis 26. Juli Verkauf amerikanischen Weizenmehls (D 10), 250 Gramm zu 0,42 M. Bis 26. Juli Anmeldung auf amerikanisches Weizenmehl.

Friedrichsfelde. Für Kinder im 15. Jahre (vom 1. 7. 04. bis 30. 6. 05. geboren), sowie für werdende Mütter vom vierten Monat ab je ¼ Pfund Speck für 3 M., in Friedrichsfelde bei Beeskow, Berliner Str. 96, in Karlshorst bei Stricker, Gundelfingener Str. 34 und bei Beyer, Prinz-Adalbert-Str. 9. Gutscheine in Karlshorst, Dönhoffstr. 31, werktäglich 8—½3 Uhr, Sonnabends von 8—1 Uhr.

Biesdorf. Die Gemeindevertretung setzt sich aus 4 S. P. D., 3 U. S. P., 2 Demokraten, 3 Deutschnationalen zusammen. Der Gemeindevorsteher ist bereits 25 Jahre im Amt, ebenso die Schöffen. Das Vertrauen wurde diesen von sozialdemokratischer Seite entzogen, doch alle Anträge, sie zum Rücktritt zu veranlassen, fallen dank den Stimmen des Gemeindevorstehers, der Schöffen (die so für ihr eigenes Vertrauen stimmen), der 3 Deutschnationalen und der Demokraten. Ein Schöffe trat Ende April zurück. Mit 8 gegen 7 Stimmen wurde ein Bürgerlicher wiedergewählt. Diese Taktik des Einzelzurücktretens verfolgte man wohl, um, wenn das

Gesetz käme, sagen zu können: „wir haben bereits neu gewählt". Unsere Genossen spielten den Bürgerlichen einen Streich und beantragten Entscheidung über die Wahl des Schöffen, da 2 U. S. P. nicht vereidigt waren. Das Landratsamt hat die Bestätigung abgelehnt. Alle Neuerungen werden mit 8 bürgerlichen gegen 7 sozialdemokratische Stimmen niedergestimmt. Es bestanden anfangs 13 Verwaltungsausschüsse, in denen immer der Gemeindevorsteher den Vorsitz führte. Jeder Gemeindevertreter war in jedem Ausschuß. Unsere Genossen beantragten Auflösung und Neubildung von 4 Ausschüssen mit streng abgegrenzten Arbeitsgebieten und Wahl des Vorsitzenden aus der Mitte des Ausschusses; er sollte sich auch um die Bureauangelegenheiten seines Ressorts kümmern und so den Gemeindevorsteher entlasten. Man hätte so in die höchsten besserungsbedürftigen Bureauverhältnisse hineingeschaut. Die **Demokraten** waren es, die sich am schärfsten dagegen wandten und das Kompromiß, an Stelle des Vorsitzenden einen Sprecher zu setzen, machen wollten. Man einigte sich auf 6 Ausschüsse und lehnte dann alles andere ab. Unsere Genossen wie die U. S. P. verließen den Saal. Wie eine Erlösung wird das neue Gesetz hier begrüßt werden. Nun kurz die **Arbeit unserer Genossen**: Die Brauchwasserkanalisation von etwa 9 Kilometer ist als Notstandsarbeit in Angriff genommen. Kosten über eine halbe Million Mark. Eine Badeeinrichtung ist im Bau begriffen. Mit dem Bau einer Kleinsiedlung soll Ende des Sommers begonnen werden. Beschlagnahme von Teilen großer Wohnungen soll erfolgen. Auf Antrag eines demokratischen Lehrers ist eine Pflichtfortbildungsschule für alle Jugendlichen bis zum 15. Lebensjahre errichtet worden. Unser Antrag, die Zahl der Gemeindevertreter von 12 auf 18 zu erhöhen, wurde abgelehnt. Nach dem Stimmverhältnis der Wahlen hätten die Bürgerlichen dann auch nicht am besten abgeschnitten. Zur Frage der Eingemeindung wurde die niedrige Zahl der Abgeordneten bemängelt. Wo soll da die Vertretung der kleinen Gemeinden bleiben?

Zossen. Reformarbeit. Die ehemaligen großen Gefangenenlager sind geräumt, und ihre jetzigen Bewohner sind „Noske-Gardisten". Im Stadtverordnetenkollegium besitzen wir in Gemeinschaft mit 2 U.S.P. die Mehrheit und besetzten noch 2 Magistratssitze. Leider konnten bisher die übrigen drei alten Magistratsmitglieder noch nicht die Tür nach außen finden, doch ist ihr Abgang in kurzer Zeit durch die Neuwahlen zu erwarten. Der durch die Revolution in Tätigkeit getretene Arbeiterrat wirkt in bester Weise, was allseitig, auch von den uns fernstehenden bürgerlichen Kreisen anerkannt wird. Zur Hebung der empfindlichen Wohnungsnot wurden von der Stadt die Gebäude und das Gelände der seit Jahren stillgelegten Zementfabrik aufgekauft. Es sind bis jetzt, wenn auch mit erheblichen Geldopfern, zwanzig Kleinwohnungen mit Stallung ausgebaut und bezogen, weitere werden in kürzester Zeit fertiggestellt. Die hierorts befindlichen großen Betriebe beginnen jetzt mit der Wiederaufnahme geregelter Friedenstätigkeit. Die dadurch bedingte Einstellung auswärtiger Arbeitsloser stößt mangels an geeigneten Zimmern für Ledige, Wohnungen für Verheiratete noch vielfach auf Schwierigkeiten. Anstelle steuerkräftigen Arbeitern Unterkunft zu bieten, ziehen es die bürgerlichen Einwohner vor, in ihren Wohnungen Soldaten zu beherbergen, obwohl in den nahegelegenen Truppenlagern hinreichend Platz für diese ist. Von seiten des Arbeiterrats und den Betriebsobmännern sind sofort die nötigen Schritte bei den oberen Behörden eingeleitet, um hier eine Räumung der Privatwohnungen durchzusetzen. Unterstützung ihres Antrages ist sichergestellt. Die hochgespannte politische Lage, die Wühlarbeit der Gegner zwingt uns zur Aufnahme einer regeren Agitation. Die letzte Juliversammlung des Wahlvereins setzte eine besondere Agitationskommission ein.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Maler.

In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes der Maler wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium mit einem Schiedsspruch endeten, der den Berliner Malern einen rückwirkend vom 1. Juli ab zu zahlenden Stundenlohn von 2,50 M. zuspricht. Hierzu wurde ausgeführt, daß sich die Hoffnung, beim Reichsarbeitsministerium mehr zu erreichen als die Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereits geboten haben, leider nicht erfüllt hat. Das wird zum Teil darauf zurückgeführt, daß die Leitung der Verhandlungen in den Händen eines Herrn lag, der den Verhältnissen im Malergewerbe fremd gegenübersteht. Deshalb sollten bei künftigen Verhandlungen **sachkundige** Unparteiische herangezogen werden. Eine Resolution wurde angenommen, welche diesem Standpunkt Ausdruck gibt und erklärt, daß ein Stundenlohn von 2,50 M. den heutigen Teuerungsverhältnissen in keiner Weise entspricht, daß die Versammlung aber unter dem Druck der schlechten Konjunktur von weiteren Maßnahmen Abstand nimmt und sich mit dem Schiedsspruch einverstanden erklärt.

Die Versammlung nahm die Wahl eines ersten Vorsitzenden der Filiale Berlin vor. Der bisherige erste Vorsitzende **Beil** ist wegen Uebernahme einer Berufsstellung zurückgetreten. Gewählt wurde der seitherige zweite Vorsitzende **Böher** mit 377 Stimmen gegen 79 Stimmen, die für **Mietz** abgegeben wurden, der auf dem Standpunkt der alten Gewerkschaftspolitik steht, während Böher die radikale Richtung vertritt. Nun mußte auch der zweite Vorsitzende neu gewählt werden. Die vorgeschlagenen Kandidaten wurden nach ihrer politischen Stellung gefragt. Einer derselben, **Stengler**, erklärte sich mit Emphase als Anhänger des Rätesystems, für das er in der Gewerkschaft wirken wolle. Mit Rücksicht auf das Statut, welches vorschreibt, daß Vorstandsmitglieder mindestens fünf Jahre dem Verbande angehören müssen, wurde Stengler gefragt, ob er diese Voraussetzung erfüllt habe. Er antwortete, er gehöre der Organisation erst kurze Zeit an (wie kurz die Zeit ist, sagte er nicht), er wetterte dann gegen die angeführte Statutenbestimmung und verlangte, daß derartige Einschränkungen aufgehoben werden müßten. (Natürlich. Nicht die alten erfahrenen Gewerkschaftler, sondern die seit einigen Wochen organisierten Wortführer sind die berufenen Gewerkschaftsführer. Red.) Gewählt wurde **Schindler**, der sich als Mitglied der U. S. P. und Vertreter des Rätesystems bekannte. Er erhielt 295 Stimmen, während 107 Stimmen für **Klotz** (S.P.D.) abgegeben wurden.

Kaiser gab einen Bericht vom Verbandstage. Er vertrat den Standpunkt der Opposition und bedauerte, daß derselbe vom Verbandstage nicht voll anerkannt worden sei. — In der Diskussion traten **Köntke** und **Mietz** für die Einigkeit in den Gewerkschaften und die Fernhaltung der politischen Streitigkeiten ein. — Die weitere Diskussion wurde wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Aus aller Welt.

Wie ein Förster Beeren lesen läßt.

Der im Dienste der ehemals fürstl. **Schaumburg-Lippeschen** Forstverwaltung stehende Revierförster v. **Backhausen zu Ahrensberg** (Post Wesenberg) hat für die Zeit der Himbeerernte folgende Bekanntmachung aushängen lassen:

„In meinem Auftrage übernimmt Herr Stadtsekretär Langhoff die Ausstellung von Himbeerscheinen für die Ahrensberger Forst. Für die Scheine sind täglich für mich 1 Pfund Himbeeren bei Herrn Langhoff abzuliefern. Die Lesescheine kosten außerdem 3 M., welche nach Erfolg der Pflichtablieferung von 1 Pfund pro Tag zurückerstattet werden. Wer unerlaubt Himbeeren pflückt, wird beim Amtsgericht Röbel zur Anzeige gebracht.

gez. v. Backhausen, Revierförster."

Das kann eine einträgliche Himbeerernte werden — für den Förster oder seinen Auftraggeber.

Plünderungen in Zoppot. In Zoppot kam es am Mittwoch zu Exzessen, bei denen Lebensmittelgeschäfte von einer tausendköpfigen Menge gestürmt und ausgeplündert wurden. Unzufriedenheit über die **Bevorzugung der Kurgäste** mit Lebensmitteln soll die Ursache sein.

Fahrplanverwirrung.

Ein dänisches Witzblatt erzählt:

Fahrgast: Ach bitte, Zug Nr. 4 nach Osten!

Fahrkartenverkäufer: 24 Stunden Verspätung.

„Sie haben mir eine Karte mit dem Stempel verkauft: „Gilt nur für diesen Tag und für diesen Zug." Gilt diese Karte hier für diesen Zug?

„Ja."

Aber gilt sie heute und morgen?

Ja, ich vermute.

Gut. Der Zug Nr. 4, der morgen hier ankommt, ist das der heutige Zug?

Natürlich.

Wenn ich also bis morgen warte, so fahre ich heute?

Sie fahren mit dem heutigen Zug.

Nun, warum kann ich denn dann nicht den morgigen Zug nehmen und heute fahren?

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

— **G. R., Schöneberg.** Kriegsministerium (Abteilung Lazarettwesen, Berlin). — **H. S. 11.** Ihre Anregungen sind sehr beachtenswert, lassen sich aber erst im Rahmen der vorgesehenen Bildungsschule verwirklichen. — **F. D. 54.** Leider nicht. Der Unternehmer hat den Umstand nicht zu vertreten, weil er ihn nicht verschuldet hat. — **A. U. 100.** 1. Der Arbeitgeber braucht Gründe, weswegen er kündigt, nicht anzugeben, ebensowenig der Arbeitnehmer, wenn er das Vertragsverhältnis lösen will. 2. Die großjährigen Kinder müssen sich mit dem Vater bei seiner Wiederverheiratung wegen des mütterlichen Erbteils auseinandersetzen. Für das minderjährige Kind tritt das Vormundschaftsgericht ein. 3. Ihre Frau hat keinen weiteren Anspruch. — **G. J. 100.** 1. Erkundigen Sie sich bei Ihrer zuständigen Gewerkschaft. 2. Leider nicht. Der Unternehmer hat den Umstand nicht zu vertreten, weil er ihn nicht verschuldet hat. — **J. F. 41.** Die städtischen Gaswerke sind im Recht. Nach dem Beschluß der Gemeindebehörde richtet sich der Preis für das Kubikmeter Gas je nach der Höhe des Kohlenpreises. — **S. G. 8.** Es käme auf eine besondere Vereinbarung an. Nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht. — **Richard 11.** 1. Nein, es ist aber zweckmäßig, daß Sie hingehen. 2. Das Gericht wird einem Zwangsvergleich seine Zustimmung erteilen. 3. Es ist gleich, ob Sie hingehen oder nicht. 4. Ja.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Verantwortlich für Politik: Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.

Bekanntmachung.

I. Es entfallen auf den **Abschnitt 66 der allgemeinen Lebensmittelkarte der Stadt Berlin**

1/2 Pfund ausländische Hülsenfrüchte
zum Preise von 1,25 Mk. je Pfund.

II. Unter Ausschluß nachträglicher Annahme sind die Anmeldungen von Freitag, den 25. Juli, bis zum Montag, den 28. Juli 1919, bei den Kleinhändlern abzugeben.

III. Die Kleinhändler haben die Anmeldeabschnitte zu der oben aufgerufenen Nummer bei den Großhändlern am 29. Juli 1919 abzuliefern.

IV. Nicht abgeholte Ware verfällt mit dem 30. August 1919.

Berlin, den 24. Juli 1919.

Magistrat.
Tgb. 4590 NS. Abteilung für Nährmittel.

Kuhla-Pianos
Verkauf im Fabrikmagazin
N 31, Wattstr. 17/18.

Weiße Blusen
billig an Private. 9—4.
34/65* Seydelstr. 30 III.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts" sind billig und erfolgreich!

Hygienische **Gummiwaren** für Männer u. Frauen, Sauger, Spülapparate, Schläuche, Leibbinden, Bruchbandagen, Damenbinden, Verbandstoffe, elastische Stoffe. Preisliste durch **A. Schröder & Co., Berlin NW 6**, Karlstr. 19.

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 76. *

Heil-Anstalt „Löser" Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz. 9—1, 4—8. Harn- u. Blutuntersuchg. Licht- u. Finsen-Behandl.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von 1/2 12—2 mittags, 1/2 6 bis 1/2 10 Uhr abends, Sonntags 1/2 11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1,25 Mk.).

Verkäufe

Pelzgarnituren! Wunderbare Kreuzfüchse von 180 Mark an! Alaskafüchse 75 Mark! Echte Rotfüchse 90 Mark! Elegante Silberfüchse, Steinfüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten in großer Auswahl zu allerbilligsten Sommerpreisen! Herrenanzüge! Herrenpaletots! Apparattaschen! Schmucksachen! Leihhaus! Warschauerstraße 7. 114R*

Singerlangschiff. Fabrikat Wertheim, Zentralbobbin, auch gebrauchte. Kalisch, Nürnbergerstr. 64, Chausseestraße 73/74. 81R

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat. Wagner, Cöpenickerstraße 71.

Skunkskolas, Skunksmuffen sowie Kreuzfüchse, Rotfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Marder, Opossum und alle anderen echten Pelzwaren verkaufe in der Sommerzeit von Mark 25—350. Pintus, Pelzbetrieb, Berlin-Charlottenburg, Nur Leibnizstraße 69, Etagengeschäft. Gegründet 1910. 114R*

Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie Pelzkragen, Muffen, Skunks, Nerz, Alaska, Blaufüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakataschen, Herrengarderobe. *

Gardinenverkauf. Fenster 30 M., Künstlergardinen von 56 M. an, Bettdecken von 43 Mark an, Stores, Portieren, Steppdecken preiswert, ferner Tischdecken von 75 M. an, Chaiselonguedecken von 95 M. an, Teppiche von 150 M. an, Läuferstoffe, Bettwäsche, Federbetten. Dresdenerstraße 124 I, am Kottbuser Tor. 87/4

Restaurations-Einrichtung verkäuflich. Stephanstr. 17.

Handleiterwagen. Auswahl, sowie Holzgräber. Kowalski, Schmidstraße 43. 87/10*

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. *

Möbel

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lackiert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerstraße 22 (Schönhauser Tor). *

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigsten Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark.

Möbelkredit. Bequeme An- und Abzahlung. Einzelne Möbelstücke sowie vollständige Wohnungseinrichtungen. Kriegsbeschädigte und Vorzeiger unserer Annonce erhalten Rabatt. Gustav Görisch, Stralauerplatz 1/2, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. 137R*

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— Melke, Kunststraße 32A. Quergebäude parterre.

Norden 1777. Wegen Riesenumsatz gebrauche ich Schlafzimmer, Speisezimmer, Klaviere, Teppiche, Betten sowie Einzelstücke höchstzahlend. Gottlieb, Elsasserstraße 28. 166R*

Gefunden! haben Brautleute, daß man durch reellen Möbeleinkauf viel Geld spart! Ich empfehle meine enormen Vorräte gediegenster Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, Polster- und Ergänzungsmöbel zu niedrigen Preisen. Günstige Gelegenheitskäufe! Besichtigung führt zum Kauf! „Berliner Möbelhaus" M. Hirschowitz, nur Südhafen, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusertor. Ich unterhalte keine Filialen. R*

Küchen, saubere Arbeit, prima Lack, 7 Teile, von 395 Mark an. Direkt Möbeltischlerei Wilmersdorferstraße 87, Charlottenburg. (Kein Laden.)

Gediegene!!! Wohnungseinrichtungen, wie Kleiderschränke, Vertikos, Umbauten, Makartsofa, Trumeau, Anrichteschränke, Waschtoiletten, Nachttische usw. billigst. Möbelhaus Olsen, nur Andreasstraße 80. 108R*

Herrenzimmer 1875.— M., Eiche 1950.— M., Mahagoni-Diplomat, Bücherschrank, runder Tisch, Lederessel, 2 Stühle. Gelegenheitskauf. Tischlerei Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 87. 87/9

Schlafzimmer, Speisezimmer, reizende Küchen, Anrichteschränke, englische Bettstellen, Schreibtische, Sofas, Büfetts, Messingbettstelle preiswert. Lombardhaus, Alte Schönhauserstr. 20. 87R*

Küchen von 320 bis 1800 Mark, lackiert, lasiert, pitchpine. Unerreichte Auswahl. Billigste Preise. Direkt ab Fabrik. Küchenmöbel-Fabrik-Lager. Nur Große Frankfurterstraße 4, Ecke Fruchtstraße. *

Möbel, Stube, Küche, evtl. Wohnung. Afeld, Hussitenstraße 4,5. V. II. †177

Musikinstrumente

Pianos, prächtige, neue, gebrauchte, mäßige Preise, bequemste Ratenzahlung. Mietsklaviere, preiswert. Sachter, Oranienburgerstr. 62. 14R*

Pianos, gute, gebrauchte, 1100 aufwärts, neue preiswert. Abendroth, Bülowstraße 44. 133R*

Abam. Neue Pianos wieder in erstklassiger Qualität. Münzstraße 16. 151R*

Abam. Harmoniums. Münzstraße 16. 151R*

Abam. Stutzflügel, große Auswahl. Münzstr. 16. 151R*

Abam. Reparatur-Stimmwerkstatt. Münzstr. 16. 151R*

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 43R*

Pianos, Stutzflügel preiswert. Link, Klaviermacher, Bergstraße 29 (Invalidenstraße). 88/1*

Nußbaumpiano, Prachtinstrument, Panzerstimmstock, Garantieschein, 2100.—, Blüthnerpiano spottbillig. Pianospeicher Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 169R*

Piano, nußbaum, schwarz, preiswerte Gelegenheit. Rehbes, Brunnenstr. 180 II. 111R*

Salonharmonium 1350.—, Konzertharmonium mit Zwölfharfe 1600.—, Orchesterharmonium 1650.—, kleineres 750.—, verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. Privatverkauf II. Etage. *

Schwechtenpiano 2600.—, elegantes schwarzes 1800.—, Nußbaumpiano 2900.—, schwarzeichenes 2650.—, Konzertpiano 3500.—, verkauft Ernst, Oranienstr. 166 III. *

Bechsteinflügel, Duysenflügel 4850.—, kleiner schwarzer Stutzflügel 1950.—, Konzertflügel 2800.—, verkauft Ernst, Oranienstr. 166 III. *

Mandoline, Laute, Gitarre, Wandermandoline 45.—, erstklassige 75.—, Konzertlaute 125.—, 145.— (Unterricht 8.— Monatshonorar, eventuell 10stündige Schnellkurse). Künstlervioline mit Zubehör 145.—, Konzertgeige 85.— Ernst, Oranienstraße 166 III.

Piano, elegantes schwarzes, 1800.—, Nußbaumpiano 2900 Mark, Konzertpiano 3500.—, verkauft Ernst, Oranienstraße 166 III. 110R*

Flügel und Pianos in allen Farben und Größen, nur durchgehenden Eisenrahmen, beste Mechanik und Klaviatur und voller Ton, reichhaltiges großes Lager, unverbindliche Besichtigung erbeten. Wilhelm Sonethe, Potsdamerstraße 136/37. 2770b*

Fahrräder

Fahrradmäntel, Fahrradschläuche. Schlomo, Weinmeisterstraße vier. 175R*

Herrenrad. Damenrad mit Gummibereifung, verkauft W. Teichert, Kommandantenstraße 60. 108R

Fahrräder, neue, gebrauchte, mit Gummi. Fahrradteile, Karbidlampen. Karbid. Fahrradhaus Baus, Weberstr. 42.

Fahrraddecken, Schläuche, billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Schwanbeck, Linienstraße 19. 86/12*

Kaufgesuche

Platin, Silber, zu Originalschmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstraße 11, Hof, und Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 229 (nahe Hermannplatz). 194R*

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft jeden Posten Zweig, Invalidenstraße 142. Norden 9649. *

Elektrische Installations-Materialien kauft laufend Duscher, Brandenburgstraße 29. Moritzplatz 12912. 162R*

Leim, Schellack, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Duromski, Oranienstraße 3, Rollendorf 2879. 120R*

Platinankauf. Goldabfälle, Silberabfälle, Zahngebisse, Münzen. Frau Sinke, Blücherstraße 40. 156R*

Goldankauf, Platin, Zahngebisse in Gold, Silber. Frau Knuth, Zionskirchstr. 54 II. *

Zelluloidabfälle, Schallplatten, Wachswalzen, Glühstrumpfasche kauft „Metallkontor", Alte Jakobstr. 188, Ecke Hallmannstraße. (Moritzplatz 12 858.) 114R*

Platinabfälle. Gramm bis 30 Mark. Zahngebisse in Platin, Gold, Kautschuk zu höchsten Preisen kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 188, Ecke Hallmannstraße. Moritzplatz 12858. 114R*

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quecksilber, photographische Rückstände, Platin, Gold- und Silberabfälle, sowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor", Alte Jakobstraße 188, Ecke Hallmannstraße. Tel.: Moritzplatz 12 858. 114R*

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachschneider, Buckowerstraße 14 III, Preisangabe erbeten. 110R*

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Groß, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Kupferabfälle! Quecksilber, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Aluminium, Stanniol, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Platin, Bruchgold, Silberbruch, Ketten, Ringe, höchstzahlend. „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 11 und Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 194R*

Messingabfälle! Quecksilber! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Aluminiumabfälle! Stanniolpapier! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Platinabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! Höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch", Fennstraße 48. *

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert W. Schumann, Große Frankfurterstraße 21 II. Königstadt 6814. 71R*

Holzschrauben und andere kauft Lehmann, Spandauerbrücke 9. 121/20*

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker, Spuldraht, Wachsdraht kauft Grosfeld, Kottbuserstraße 21. Moritzplatz 4016. 174R*

Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Prenzlauerstr. 24. 19R

Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Reinickendorferstr. 13.

Altmetall, Quecksilber kauft Möbus, Waldstraße 3. 95R

Altmetall, Quecksilber kauft Ermel, Gubenerstr. 56. 90R

Altmetall, Quecksilber kauft Degener, Bahnstraße 46, Schöneberg. 90R

Schreibmaschine kauft Ehret, Mohstraße 13. 90R*

Magnete, Vergaser, Autopneus, Benzin kauft ständig zu hohen Preisen Schröder, Reinickendorferstraße 115, nahe Weddingplatz Moabit 6065. *

Platinabfälle! Zahngebisse, Goldabfälle, Silberabfälle, Quecksilber, Glühstrumpfasche, Militärtressen, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Aluminium, Zink, Blei höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei Weberstraße 31. Alexander 4543. *

Wir sind Großkäufer sämtlicher Kupferleitungen und Litzen jeden Quantums zu den höchsten Tagespreisen. Paul Fleischer, Gitschinerstr. 48, Elektromaterialien-Großhandlung. Fernsprecher: Moritzplatz Nr. 775, 1950, 1951. 87/8*

Platin in jeder Form, Quecksilber zu höchsten Preisen kauft Chem. u. Pharm. Werke, Grünau-Berlin. 71/18*

Schellack sucht zu kaufen, auch kleinste Posten, nur Plättchenware. Tischlerei Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 87. 87/7*

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, salpetersaures Silber, sowie sämtliche Edelmetalle und Unedelmetalle. Elektrische Kabelabfälle, Asbestlitzen, Filmabfälle, Glühstrumpfasche kauft höchstzahlend „Silberschmelze Christianat", nur Köpenickerstraße 29a (gegenüber Manteuffelstraße). 88/11*

Zenith-Pallasvergaser, Boschmagnete und Autoschläuche kauft Brandt, Schlesischestraße 13, vorn 1 Treppe. Moritzplatz 1484. †14*

Spiralbohrer kauft Suhr, Beusselstraße 66. †179*

Nähmaschinen (Systemangabe) kauft Münker, Oranienstraße 187. †14*

Unterricht

Heinrich Maurers Privatzuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Anfertigung, Beruf und Hausbedarf. Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: Königstadt 335.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 8, Gartenhaus IV. *

Tanzschule Friedrich, Dresdenerstraße 32/33, nahe Prinzenstraße. Neue Anfängerkurse beginnen. Täglich Unterricht. Anmeldung jederzeit. 87/2*

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungs-Baumeister a. D., Berlin, Neanderstraße 3. Ausbildung zu Werkmeistern, Technikern, Konstrukteuren, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Abendkurse, Tageskurse. 82/18*

Börsenbahnhof, Neue Promenade 3. Kaufmännische Privatschulen von Ludwig Rösner, Spittelmarkt, Seydelstraße 1. Halbjahres-, Jahreslehrgänge. Anfang August beginnen Lehrgänge für Kurzschrift, Maschinenschreiben, Schreiben und Privatzirkel (5 Teilnehmer) in allen Fächern. 131/18*

Verschiedenes

Selbstgeber verleiht Darlehen in jeder Höhe, auch an Damen. Danziger, Berlin, Bülowstraße 17. 106R*

10 000 Reklamezettel 10.—. Buchdruckerei Alte Jakobstraße 46a. 101R*

Kostenlose Rechtsberatung! Ehescheidungs-, Strafrechts-Spezialist! Prozeßführung! Gesuche! Rechtshilfestelle Neukölln, Berlinerstraße 102 (Hermannplatz). 82R*

Erfinder, Patentbureau Peschke, Gertraudtenstraße 15, Zentrum 7060. 75R*

Vermietungen

Mietgesuche

Sofort oder später eine 2-Zimmerwohnung gesucht. Nähe Anhalter Bahnhof. Seefeldt, Schönebergerstraße 11.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Aelterer erfahrener Bader und jüngerer Laufbursche zum Antritt zum 1. August gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter K. 13 an Vorwärts-Spedition Neukölln, Neckarstraße 1. †183

20 Maurergesellen stellt sofort bei hohem Lohn ein F. Angel, Maurermeister, Inh. C. Belling, Anklam, Colonistraße 3. 156R*

Mehrere Radfahrer mit eigenem Rad für 1 bis 2 Tage in der Woche zum Ausfahren von Zeitungen gegen gute Entlohnung gesucht. W. 8, Französischestraße 50, 1 Tr.

Bureaubote sofort gesucht. Erdöl- u. Kohle-Verwertungs-A.-G., Berlin W. 8, Jägerstraße 6. 34/56

Kleider-Schneiderinnen, die bereits für Engros gearbeitet haben, wollen sich mit Probearbeit melden. B. Mannheimer, Abt. Kleider Engros, Jägerstraße 35. 156R

20 Mamsells, welche flott liefern, auf Damenmäntel verlangt Gab. Chausseestr. 50, 1. Aufgang III. 27/5

Näherinnen im Hause für elegante Kleider bei hohen Löhnen verlangt Max Müller junior, Krausenstr. 35/36. 71/17

Mädchen, 16—17 jährig, für leichte Hausarbeit sofort gesucht. Schlamens, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 6. †177

Kravattenfabrik hat dauernde Beschäftigung für Selbstbindernäherinnen, Konfektionärinnen und Vorarbeiterinnen gegen sehr hohen Lohn zu vergeben. Pollens u. Leid, Köpenickerstraße 74. 86/7*

Zeitungsausträgerin verlangt Vorwärts-Spedition, Prinzenstraße 81. *

Zeitungsausträgerin verlangt die Vorwärtsausgabestelle Ackerstraße 174, am Koppenplatz.